

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

116. Sitzung

Berlin, Mittwoch, den 30. Juni 2004

Tagesordnungspunkt 3:

Fragestunde

(Drucksache 15/3425)

10612 A

Mündliche Frage 35

Petra Pau (fraktionslos)

Verkürzung des Sonderprogramms des Bundes „Arbeit für Langzeitarbeitslose“

Antwort

Dr. Ditmar Staffelt, Parl. Staatssekretär ... BMWA

10631 A

Zusatzfrage

Petra Pau (fraktionslos)

10631 B

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Wir kommen zur Frage 35 der Kollegin Petra Pau:

Mit welcher Begründung und mit welchen zu erwartenden und gewollten Wirkungen wurde das Sonderprogramm des Bundes „Arbeit für Langzeitarbeitslose“ auf den 31. Dezember 2004 verkürzt?

Dr. Ditmar Staffelt, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit:

Das Sonderprogramm des Bundes zum Einstieg von Langzeitarbeitslosen ab 25 Jahren in Beschäftigung, „Arbeit für Langzeitarbeitslose“, soll zum 31. Dezember 2004 vorzeitig beendet werden, da für diese Maßnahmen ab 1. Januar 2005 das Regelinstrumentarium des SGB II zur Verfügung steht.

Mit der vorgesehenen Änderung werden die Laufzeiten der beiden Sonderprogramme zur Überleitung der bisherigen kommunalen Arbeitsfördermaßnahmen in das neue System des SGB II, nämlich „JUMP Plus“ und „Arbeit für Langzeitarbeitslose“, zeitlich synchronisiert. Darüber hinaus sollen die auf diese Weise frei werdenden Haushaltsmittel zur teilweisen Deckung der Ausgaben des Sonderprogramms der Bundesregierung zur Einstiegsqualifizierung Jugendlicher herangezogen werden.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Nachfrage, Kollegin Pau.

Petra Pau (fraktionslos):

Danke, Herr Präsident. – Herr Staatssekretär, Sie haben eben das Auslaufen des Sonderprogramms bestätigt. Wie bewertet daher die Bundesregierung die heute um 11.12 Uhr über die Agenturen verbreitete Ankündigung des Parlamentarischen Geschäftsführers der SPD-Fraktion, Wilhelm Schmidt, dass das Volumen der bestehenden Maßnahmen für Langzeitarbeitslose bis zum Jahresende erheblich ausgebaut wird, um die unsozialen Folgen der Hartz-IV-Gesetze abzufedern?

Welche Programme sollen ausgeweitet werden, wenn schon das Sonderprogramm zum 31. Dezember beendet wird?

Dr. Ditmar Staffelt, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit:

Soweit ich weiß, ist der Kollege Wilhelm Schmidt nicht Mitglied der Bundesregierung. Er ist Gesetzgeber und damit auch Haushaltsgesetzgeber. Ich bitte Sie, diese Frage an den Ersten Parlamentarischen Geschäftsführer der SPD-Fraktion zu richten. Mir sind nähere Details dieser Aussage nicht bekannt.

Petra Pau (fraktionslos):

Dann nehme ich zur Kenntnis, dass der Staatssekretär und Parlamentarier Ditmar Staffelt diese Aussage nicht kennt. Ich frage aber an dieser Stelle nach, welche Maßnahmen ab dem 1. Januar 2005 Langzeitarbeitslosen über 25 Jahre zu einem – wenn auch befristeten – Einstieg in das Arbeitsleben angeboten werden.

Dr. Ditmar Staffelt, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit:

Die Bundesregierung wird sich zum einen dafür einsetzen, dass diese Maßnahmen auch vor dem Hintergrund der Planungssicherheit der Beschäftigungsträger so durchgeführt werden, wie sie bewilligt worden sind. Das heißt, alle angefangenen Maßnahmen werden weiter durchgeführt. Zum anderen sind – das ist, glaube ich, ganz wichtig – im Rahmen der Regelförderung des SGB II Förderabschnitte, die zwar innerhalb der sechsmonatigen Förderzeit, aber bereits im Jahre 2005 liegen, weiterhin möglich.

Das heißt, dieses Instrumentarium bleibt, sofern Ansprüche geltend gemacht worden sind, erhalten, wird allerdings durch die von mir genannten neuen Förderinstrumente im Rahmen des SGB II ergänzt und letztendlich, wie ich sagte, synchronisiert werden können.